

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung zur Druckfassung und dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts .....</b>	<b>1</b>
--	----------

<b>Einführung .....</b>	<b>3</b>
-------------------------	----------

A. Einführung in die Thematik und Problemaufriss .....	3
B. Reform und Fundamente des Beschlussmängelrechts der Personengesellschaften .....	8
C. Gang der Untersuchung.....	14

### 1. Kapitel:

<b>Grundlagen eines Beschlussmängelrechts der Personengesellschaften .....</b>	<b>15</b>
--	-----------

A. Der fehlerhafte Gesellschafterbeschluss im Personengesellschaftsrecht.....	15
I. Der Gesellschafterbeschluss.....	16
1. Funktionaler Beschlussbegriff .....	16
2. Die <i>Essentialia</i> des Gesellschafterbeschlusses .....	18
a. Die <i>Essentialia</i> als Abgrenzung zum „Nicht-Beschluss“ .....	18
b. Antrag.....	20
c. Abstimmung.....	21
d. Beschlussfeststellung .....	22
e. Zurechenbarkeit .....	25
f. Schlussfolgerungen .....	25
g. Der unwirksame Beschluss.....	27
3. Der Gesellschafterbeschluss bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit eines Beschlusses.....	28
4. Beschlussbegriff bei der Beurkundung.....	32
5. Ergebnis.....	32
II. Die Fehlerhaftigkeit des Beschlusses .....	33
1. Einteilung in formelle und materielle Beschlussfehler.....	33
2. Abgrenzung: Mängel der Stimmabgabe .....	35
3. Abgrenzung: Zweistufige Legitimation des Mehrheitsbeschlusses.....	36

B. Rechtsnatur des Gesellschafterbeschlusses.....	40
I. Der Beschluss als Rechtsgeschäft eigener Art .....	40
II. Verwirklichung der Privatautonomie .....	42
III. Verhältnis von Willenserklärung und Rechtsgeschäft .....	45
IV. Beschlusswirkungen und Bezug zur Organisation der Gesellschaft.....	45
V. Stellungnahme zur Rechtsnatur .....	48
VI. Der Beschluss als Vertrag .....	49
C. Die Interessenlage bei fehlerhaften Gesellschafterbeschlüssen.....	50
I. Gesellschafterschutz .....	51
1. Minderheiten- und Gesellschafterschutz.....	51
2. Rechtsformspezifische Unterschiede .....	53
II. Bestandskraftinteresse innerhalb der Gesellschaft .....	55
1. Bestandskraftinteressen bei der Beschlussfassung .....	55
2. Berücksichtigung von Bestandskraftinteressen bei Personengesellschaften im Innenverhältnis außerhalb des Beschlussmängelrechts .....	60
3. Erhalt des Vertrauensverhältnisses .....	62
III. Interessen Dritter und der Allgemeinheit .....	63
1. Bestandskraftinteresse Dritter und zukünftiger Gesellschafter .....	63
2. Legalitätsinteresse Dritter und der Allgemeinheit .....	66
IV. Ergebnis .....	67
D. Die Rechtsfolge der Nichtigkeit (Grundlagen) .....	67
I. Die Nichtigkeit als zentrale Rechtsfolge im Beschlussmängelrecht.....	67
II. Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes <i>de lege lata</i> .....	69
1. Einschränkungen im Personengesellschaftsrecht .....	69
2. Einschränkungen in den Freigabeverfahren.....	71
III. Einschränkungen in der Reformdiskussion.....	74
IV. Grundlage der Nichtigkeit fehlerhafter Beschlüsse .....	76
1. Verstöße gegen zwingendes Recht .....	76
a. §§ 125 S. 1, 134, 138 BGB .....	76
b. Sonstige gesetzliche Grenzen der Privatautonomie.....	78
c. Ergebnis .....	79

2. Verstöße gegen den Gesellschaftsvertrag und dispositives Recht.....	80
a. Ergänzende Vertragsauslegung.....	80
b. Das Recht auf gesetzes- und satzungsmäßige Beschlussfassung ...	81
c. Fehlerhafte Beschlüsse als Durchbrechungen des Gesellschaftsvertrages.....	85
d. Schlussfolgerungen .....	87
E. Mögliche alternative Rechtsfolgen zur Nichtigkeit .....	89
I. Verweis auf Schadensersatzansprüche .....	89
1. Inhalt der Schadensersatzansprüche .....	89
2. Effektivität durch nachträglichen Ausgleich .....	90
3. Effektivität durch Prävention .....	92
II. Gerichtliche Feststellung der Fehlerhaftigkeit .....	93
III. Nichtigkeit <i>ex nunc</i> .....	94
1. Potenzieller Anwendungsbereich.....	94
2. Effektivität zur Durchsetzung von Gesetz und Gesellschaftsvertrag .....	96
IV. Relative Nichtigkeit im Innenverhältnis.....	97
1. Potenzieller Anwendungsbereich.....	97
2. Ablehnung einer relativen Nichtigkeit für den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	98
V. <i>Noacks</i> interne und generelle Unwirksamkeit.....	100
VI. Rechtsfolgen mit Sanktionscharakter .....	101
VII. Ergebnis .....	102
F. Ergebnisse und Konkretisierung der Fragestellung .....	103
I. Ergebnisse.....	103
II. Konkretisierung der Fragestellung .....	105
 <b>2. Kapitel:</b>	
<b>Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes in einem Regelungsvorschlag der Arbeit .....</b>	<b>109</b>
A. Ordnungsvorschriften, Kausalität, Relevanz .....	109
I. Ordnungsvorschriften .....	110
II. Kausalität und Relevanz .....	110

B. Wirtschaftliche Nachteile der Gesellschaft.....	113
I. Vorschlag <i>Jens Kochs</i> zur Einschränkung der Nichtigkeitsfolge .....	113
II. Regelungsvorschlag der Arbeit auf einer dogmatischen Grundlage...	115
1. Notwendigkeit einer dogmatischen Grundlage.....	115
2. Keine dogmatische Grundlage im allgemeinen Zivilrecht .....	117
3. Keine Rechtfertigung mit der ökonomischen Analyse des Rechts...	118
a. Grundaussagen der ökonomischen Analyse des Rechts.....	118
b. Anwendung auf das Beschlussmängelrecht.....	119
4. Treubindung als Grundlage.....	121
a. Einschränkungen von Mitgliedschaftsrechten aufgrund der Treuepflicht.....	121
b. Wirksamkeit des Beschlusses als Durchbrechung des Gesellschaftsvertrages.....	123
c. Zwischenergebnis .....	126
d. Rückwirkung der Entscheidung.....	126
e. Verstöße gegen zwingendes Recht .....	128
5. Überprüfung der Folgen.....	129
a. Individuelle Zumutbarkeit .....	129
b. Objektive Erforderlichkeit .....	131
aa. Ausnahmecharakter der Abwägungsentscheidung .....	131
bb. Einzelfallgerechtigkeit und Rechtssicherheit .....	132
cc. Prozessbeschleunigung und Prozesskosten .....	134
dd. Geringeres Missbrauchspotential und Möglichkeit der Bestätigung .....	135
ee. Grundsätzlich keine Pflicht zur Darlegung eines berechtigten Interesses.....	135
c. Zwischenergebnis .....	136
6. Formulierung eines Ausnahmetatbestandes.....	137
7. Ergebnis und Rechtsfolgen .....	140
C. „Rückabwicklungsschwierigkeiten“ im Sinne der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft.....	141
I. Die fehlerhafte Vertragsänderung .....	142
II. Rückabwicklungsschwierigkeiten als Wertungsgrundlage.....	143

III. Systematische Stellung einer Regelung zu Strukturänderungen.....	145
IV. Einzelne Rückabwicklungsschwierigkeiten.....	147
1. Verkehrsschutz.....	147
2. Vermeidung einer unbilligen Chancen- und Risikoverteilung .....	149
a. Rechtsprechung des BGH .....	149
b. Übertragbarkeit auf eine Regelung in einem Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit .....	150
3. Erhalt von zivilrechtlichen Nebenpflichten .....	151
4. Nichtigkeit nachfolgender Beschlüsse und anderer Maßnahmen.....	152
a. Problemaufriss .....	152
b. Übertragung auf eine Regelung im Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit .....	153
5. Ergebnis zur Übertragbarkeit der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft .....	155
D. Ergebnisse .....	156
 <b>3. Kapitel:</b>	
<b>Befristung der Geltendmachung von Beschlussmängeln in einem Regelungsvorschlag der Arbeit.....</b>	<b>159</b>
A. Verwirkungseinwand nach dem Feststellungsmodell.....	159
B. Dogmatische Grundlage der zeitlichen Einschränkung.....	162
C. Die Klagfrist in der Personengesellschaft nach dem Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit.....	163
I. Abstrakte Möglichkeiten einer Befristung .....	163
II. Ablehnung einer strengen Frist im Sinne des § 246 Abs. 1 AktG .....	165
III. Starre Frist und gesetzliche Konkretisierung der Ausnahmen .....	168
1. Vorteile einer starren Frist .....	168
2. Verhandlungen der Gesellschafter als fristverlängernder Umstand .....	170
3. Weitere fristverlängernde Umstände .....	172
a. Personalistische Struktur.....	172
b. Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage .....	173
c. Kenntnis des Gesellschafters von Beschluss und Mangel.....	175
aa. Berücksichtigung in einem Regelungsvorschlag der Arbeit ....	175
bb. Gestaltung in einem Regelungsvorschlag der Arbeit .....	177

d. Weitere Umstände.....	178
4. Länge der Frist .....	180
IV. Zwischenergebnis .....	180
V. Nicht der starren Frist unterliegende Beschlussmängel .....	181
D. Fixierung des Beschlussergebnisses als möglicher den Fristbeginn auslösender Tatbestand nach dem Regelungsvorschlag der Arbeit.....	182
I. Die Beschlussfixierung.....	182
II. Überblick über Fixierungserfordernisse .....	183
1. Fixierungserfordernisse nach den §§ 109 ff. HGB n.F.....	183
2. Fixierungserfordernisse in der AG.....	186
3. Fixierungserfordernisse in der GmbH .....	188
4. Fixierungserfordernisse nach dem GmbHG-E 1971/1973 .....	191
5. Fixierungserfordernisse nach dem WEG .....	193
6. Fixierungserfordernisse nach den §§ 40, 41 Abs. 4 öGmbHG.....	196
III. Zusammenfassender Vergleich der Funktionen der Beschlussfixierung.....	197
IV. Beschlussfixierung in der Personengesellschaft nach dem Regelungsvorschlag der Arbeit.....	199
1. Keine konstitutive Beschlussfixierung .....	199
2. Fixierung als Voraussetzung der Klagefrist.....	201
3. Ergebnisfixierende Wirkung.....	202
4. Richtigkeitsgewähr durch die Beteiligung eines Notars.....	203
5. Informations- und Beweisfunktion .....	204
6. Zwischenergebnis für den Regelungsvorschlag der Arbeit .....	205
7. Konkrete Ausgestaltung des Fixierungserfordernisses.....	205
a. Art und Weise der Beschlussfixierung .....	205
aa. Ausdrückliche Beschlussfixierung .....	205
bb. Keine Beschränkung auf die Personenhandelsgesellschaften ..	207
cc. Konkrete Fixierungsanforderungen .....	208
dd. Ergebnis für den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	210
b. Kompetenz zur Beschlussfixierung .....	211
c. Fixierungsverlangen durch einen Gesellschafter.....	214

d. Ergebnis für den Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit.....	215
V. Beginn der Klagefrist und Ergebnis .....	215
E. Vorläufige Verbindlichkeit des festgestellten Beschlusses .....	217
I. Vorläufige Verbindlichkeit als materielle Bindungswirkung .....	217
II. Pflicht des Vorstandes zur Umsetzung fehlerhafter Beschlüsse .....	218
III. Materielle Bindungswirkung nach § 23 Abs. 4 S. 2 WEG .....	222
IV. Schlussfolgerungen für die §§ 110 ff. HGB n.F. und den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	223
F. Fehlerhafte Beschlüsse, die nicht der starren Frist unterfallen .....	224
I. Verwirkungseinwand.....	224
II. Einstimmige Aufrechterhaltung des Beschlusses .....	226
G. Heilung durch Zeitablauf .....	227
H. Ergebnisse .....	229

#### **4. Kapitel:**

#### **Die klageweise Geltendmachung von Beschlussmängeln in einem**

#### **Regelungsvorschlag der Arbeit ..... 233**

A. Die einheitliche Beschlussmängelklage nach dem Vorschlag der Arbeit.....	233
I. Geltendmachung des Fehlers durch Klage.....	233
1. Mängel, deren Geltendmachung einer Frist unterliegt .....	233
2. Mängel, deren Geltendmachung der Verwirkung unterliegt .....	234
II. Einheitlichkeit der Klage .....	235
III. Inzidente Geltendmachung.....	237
IV. Ergebnis .....	240
B. Klagegegner .....	240
I. Kritik am Feststellungsmodell und § 113 Abs. 2 S. 1 HGB n.F. ....	240
II. Dogmatische Grundlage .....	242
III. Probleme bei der Gesellschaft als Klagegegnerin.....	243
1. Gefahr des „Insichprozesses“ .....	244
2. Unbillige Verteilung der Prozesskosten.....	245
IV. Regelungsvorschlag der Arbeit .....	248
V. Ergebnis .....	250

C. Rechtskafterstreckung des Urteils .....	251
I. Rechtslage im Kapitalgesellschaftsrecht und nach dem Anfechtungsmodell der §§ 110 ff. HGB n.F. ....	251
II. Das Problem sich widersprechender Entscheidungen im Beschlussmängelstreit .....	253
III. Rechtslage im Feststellungsmodell nach h.M. ....	255
IV. Ausgestaltung einer Regelung im Gesetzesvorschlag der Arbeit .....	258
1. Erfordernis der Wahrung des rechtlichen Gehörs nach Art. 103 Abs. 1 GG .....	258
2. Rechtskafterstreckung auch bei Klageabweisung durch Sachurteil .....	259
3. Verbindung von Klagen .....	262
V. Ergebnis .....	263
D. Klagebefugnis .....	263
I. Beschränkung der Klagebefugnis auf die Gesellschafter .....	263
II. Weitere Einschränkungen der Klagebefugnis .....	266
1. Teilnahme- und Widerspruchserfordernis .....	266
2. Beschränkung auf dissidentierende Gesellschafter .....	267
3. Mindestquorum und materielle Betroffenheit .....	268
III. Ergebnis für den Gesetzesvorschlag der Arbeit .....	269
E. Streitwert .....	270
F. Einstweiliger Rechtsschutz .....	273
G. Übertragung der Ergebnisse auf die Beschlussfeststellungsklage .....	275
H. Ergebnisse .....	278

## 5. Kapitel:

<b>Übertragung der Ergebnisse auf den unwirksamen Beschluss und bestimmte Personengesellschaften in einem Regelungsvorschlag der Arbeit .....</b>	<b>281</b>
A. Übertragung der Ergebnisse auf den unwirksamen Beschluss .....	281
I. Übertragung der Möglichkeit zur Befristung .....	282
II. Übertragung der Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes .....	284
III. Übertragung der Vorschläge zur gerichtlichen Geltendmachung .....	285
B. Nicht auf Erwerb ausgerichtete BGB-Gesellschaften .....	287



I. Nicht auf Erwerb ausgerichtete Außen-Gesellschaften .....	287
II. Nicht rechtsfähige Innengesellschaften .....	290
III. Ergebnis .....	291
C. GmbH & Co. Kommanditgesellschaften .....	291
D. Publikumpersonengesellschaften .....	294
I. Begriff der Publikumpersonengesellschaft .....	294
II. Anknüpfung an einzelne Strukturmerkmale .....	297
1. Großer Gesellschafterkreis .....	297
2. Gesellschafter als Portfolioinvestoren .....	299
a. Kapitalistische Beteiligung .....	299
b. Rationale Apathie und kollektives Rechtsschutzinteresse .....	300
c. Beschränkung der Interessen auf das Investment .....	301
III. Ergebnis .....	302
E. Ergebnisse .....	302
<b>6. Kapitel:</b>	
<b>Wesentliche Ergebnisse und Gesetzgebungsvorschlag .....</b>	<b>305</b>
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	305
B. Gesetzgebungsvorschlag .....	312
C. Begründung des Gesetzgebungsvorschlags .....	315
I. Zu § 714 BGB-E .....	315
II. Zu § 714a BGB-E .....	317
III. Zu § 714b BGB-E .....	320
IV. Zu § 714c BGB-E .....	323
V. Zu § 714d BGB-E .....	324
VI. Zu § 714e BGB-E .....	324
D. Schluss - Wider einer Institutionenbildung? .....	325
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>XVII</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XXIII</b>